SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/ 52 Bonn, den 12. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	"Absoluter Leerlauf der deutschen Ostpolitik" Ursache: Mangel an Direktiven Ein Brief aus dem Bonner Auswärtigen Amt	66
2 - 3	Die Atlantik-Charta - unterzeichnet vor 25 Jahren Hoffnung und Illusion von Millionen Menschen Von Dr. Manfred Geßner	68
3	Es hat sich doch gelohnt ! Kleines Nachwort zur Fußball-Weltmeisterschaft	24
4	"Wenn zwei dasselbe tun..." Gedanken zur englischen und deutschen Bildungspolitik Von Klaus Helfer	44
5	Mitteldeutscher Alltag Wie Arbeiter gemaßregelt werden	41

* * *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach
Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

"Absoluter Leerlauf der deutschen Ostpolitik"

Ursache: Mangel an Direktiven

Ein Brief aus dem Bonner Auswärtigen Amt

* Die nachstehenden Auszüge sind dem Brief eines Beamten des *
* Bonner Auswärtigen Amtes entnommen. Da wir schon häufiger *
* exakte Informationen über die Zustände im AA erhalten haben, *
* können wir die wichtigsten in dem Brief enthaltenen Passa- *
* gen vorbehaltlos veröffentlichen. *

Die Redaktion

* *
*

"... haben Sie in Ihrer Ausgabe vom 9. August 1966 einen aus der Feder des Bundestagsabgeordneten Kahn-Ackermann stammenden Artikel veröffentlicht, der selbstverständlich - wie sollte es anders sein? - sofort ein "Dementi" auslöste. Ich kann Ihnen aus eigener Kenntnis der Vorgänge versichern, daß alle die von Herrn Kahn-Ackermann in seinem Artikel aufgestellten Behauptungen über das unmögliche Verfahren beim Bau und bei der Einrichtung des Goetheinstituts in Paris zutreffen. Die dementierende Stelle des AA hätte sich nur bei der deutschen Botschaft in Paris zu erkundigen brauchen; man hätte ihr dort die gleichen Auskünfte geben müssen, die Herr Kahn-Ackermann in seinem Artikel direkt oder indirekt verwendet hat."

* *
*

"... möchte ich Sie aber auch auf einen anderen Vorgang aufmerksam machen, der seit längerer Zeit zahlreiche Beamte des Auswärtigen Amtes beschäftigt und in Erstaunen versetzt. Alle mit Ostfragen befaßten Beamten des Auswärtigen Amtes stehen der Tatsache verständnislos gegenüber, daß die deutsche Handelsvertretung in Warschau seit Beginn dieses Jahres - also seit acht Monaten - ohne kompetente Leitung ist. Erst jetzt wird nach vielem Hin und Her der bisherige Botschafter in Oslo, Heinrich Böx, als Nachfolger für den früheren Leiter unserer Handelsvertretung in Warschau, Mumm von Schwarzenstein, genannt. Ob dieser jedoch das ihm angetragene Amt annehmen wird, ist noch nicht sicher. Als erfahrener Diplomat weiß er wie alle hier im Amt, daß die Bundesregierung ihrer Handelsvertretung in Warschau bis zum heutigen Tage noch keinerlei klare Direktiven gegeben hat. Auch Herr von Schwarzenstein hat sich mehrfach darüber beschwert; allerdings ohne Erfolg."

"Überhaupt scheint im Auswärtigen Amt die gesamte Ostpolitik ins

Schwimmen geraten zu sein, seitdem feststeht, daß sich Frankreich trotz der Konsultationsvereinbarungen im Elysee-Vertrag ostentativ jeder Zusammenarbeit mit deutschen Stellen in den Ostblockländern enthält. Alle deutschen Beamten, die in Prag, Budapest, Bukarest oder Warschau bisher tätig waren, mußten stets feststellen, daß die Verbindungen der Regierungen in diesen Ländern zu den Franzosen eindeutig so angelegt sind, daß deutsche Interessen dabei ins Hintertreffen geraten müssen. Aber auch hier ist die Ursache nicht etwa ein Versagen der betreffenden deutschen Beamten, sondern der Mangel an Direktiven, die von der Bundesregierung gegeben werden müßten, wenn man ernsthaft die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern verbessern wollte."

"... ist uns hier im Amt sogar bekannt, daß deutsche Firmenvertreter es vorziehen, mit französischen Stellen in den betreffenden Ländern zusammenzuarbeiten, wenn sie etwas erreichen wollen. Bei den offiziellen deutschen Stellen erwartet deutsche Firmenvertreter meist nur ein herzlicher Empfang; mehr aber nicht."

* * *

"... braucht man sich nicht darüber zu wundern. Seit längerer Zeit ist die Leitung der Ost-West-Abteilung im Auswärtigen Amt verwaist. Der bisherige Leiter, Botschafter Werz, hat bekanntlich nach langem Zögern die Leitung der Kulturabteilung übernommen. Ein Nachfolger für Herrn Botschafter Werz konnte noch nicht gefunden werden. Das ist aber nicht etwa auf den Mangel an geeigneten Persönlichkeiten zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß selbst fähigste Beamte an diesem Posten nicht viel ausrichten könnten, weil zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesaußenminister und dem Bundeswirtschaftsminister jedwede Zusammenarbeit fehlt. Es ist schon oft vorgekommen, daß Berichte über diese oder jene Maßnahme, bzw. Haltung in Fragen der Ostpolitik mit der Bitte um Weiterleitung an andere Ressorts hier einliefen, daß jedoch den anderen, ebenfalls mit ostpolitischen Fragen befaßten Stellen kein Einblick gewährt wurde."

"... so kann ich feststellen, daß auch in diesem Bereich der deutschen Politik absoluter Leerlauf herrscht. Die Divergenzen, die sich nach der Lockerung der sogenannten Hallstein-Doktrin im Kabinett gezeigt haben, sind so stark, daß eine konstruktive Ostpolitik nicht möglich ist."

\+ \+ \+

Die Atlantik-Charta - unterzeichnet vor 25 Jahren

Hoffnung und Illusion von Millionen Menschen

Von Dr. Manfred Geßner

Opfer und Verluste von nie gekanntem Ausmaß hatte der Zweite Weltkrieg von den beteiligten Mächten bereits gefordert, als der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und Englands Premierminister Winston Churchil im August 1941 in der Nähe von Neufundland auf mehreren Schiffen der Vereinigten Staaten zusammentrafen. Noch schien es, als sei der Stern Hitlers als Feldherr weiter im Steigen begriffen - nicht mehr einzuholen und dem Götterthron eines weltweiten Sieges entgegeneilend.

Und dennoch entwarfen die beiden angelsächsischen Staatsmänner in jenen Tagen das Gerüst einer Friedensordnung, die dazu gedacht war, nach dem Sieg über die Achsenmächte die Menschheit vor neuen Massenmorden zu bewahren und ihr Freiheit und Gerechtigkeit zu bringen. Sie stellte ausserdem eine wichtige Etappe für die spätere Gründung der Vereinten Nationen dar. Am 14. August 1941, also vor 25 Jahren unterzeichnet, ging sie als Atlantik-Charta in die Geschichte ein. Im Prinzip war diese Charta eine Erneuerung der 14 Punkte des früheren amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson.

Kein Gebietszuwachs; Gebietsveränderungen nur nach Zustimmung der beteiligten Völker; Anerkennung des Rechts, ihre Regierungsform frei zu wählen; Zugang aller Staaten zum Handel und zu den Rohmaterialien in der Welt; "Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet..., mit dem Ziel für alle einen gehobenen Arbeitsstandard, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten"; Freiheit der Meere, Gewaltverzicht bei der Regelung internationaler Beziehungen und, bis zum Aufbau eines umfassenderen und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit, Entwaffnung von friedensbedrohenden Nationen.

Ein großartiges Programm! Für die gegen Hitler und seine Verbündeten kämpfenden demokratischen Staaten waren damit ideelle, überschaubare und mitreissende Kriegsziele abgesteckt worden. Zwar handelte es sich dabei nicht um einen Staatsvertrag zwischen zwei Mächten, sondern um eine Demonstration "gewisser gemeinsamer politischer Grundsätze".

Trotzdem kann der moralische Wert der Charta für die westlichen Völker nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie enthielt nicht nur wichtige Prinzipien für die Gründung einer Weltorganisation, die den Krieg ein für allemal zum Schreckgespenst einer unglückseligen, nie wiederkehrenden Vergangenheit machen sollte, und für die ins Feld zu ziehen sich lohnte - die Atlantik-Charta stärkte gleichzeitig in den westlich-alliierten Staaten die Überzeugung, für die bessere Sache zu streiten. Sie kämpften nunmehr nicht nur gegen, sondern auch f ü r etwas.

Ihren militärischen Aktionen gaben die demokratischen Staaten dadurch ein ideelles Ziel. In Goebbels Propagandaministerium erkannte man sofort die politisch-offensive Kraft der Charta und versuchte, sie

als "propagandistische" Sensation abzutun. Wenige Wochen später erklärten sich Vertreter von 16 Regierungen mit ihren Grundsätzen solidarisch - darunter auch die Sowjetunion.

Die heutige Weltlage zwingt uns zu dem bitteren Eingeständnis, dass Roosevelts und Churchills Zukunftsvisionen zu kühn waren, als dass sie hätten bald Gestalt annehmen können. Die geplante Friedensordnung im Weltmaßstab hatte keinen Platz für demokratische und totalitäre Staaten zugleich. Solange aggressive Ideologien kommunistischer oder anderer Prägung Herrschaftsansprüche über andere Gesellschaftsordnungen erheben, ist es ausgeschlossen, dass eine weltumfassende Organisation den Frieden auf unserer Erde tatsächlich sichern kann. Denn dies hätte den Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten internationaler Instanzen mit weitgespannten Machtbefugnissen zur Voraussetzung. Autoritäre Regime würden dadurch einer Kontrolle zustimmen, die sie nicht einmal ihren eigenen Bürgern - beispielsweise in Form einer parlamentarischen Opposition oder durch Freiheit der Massenmedien - gewähren. Dass dies für sie nicht in Betracht kommt, hat die Politik des Ostblocks in den Vereinten Nationen unzählige Male bewiesen. Daher k o n n t e die Weltorganisation noch nicht die in sie gesetzten Hoffnungen als Garant des Friedens erfüllen. Es wird noch vieler Anstrengungen der besten und lebendigsten Kräfte unserer Welt bedürfen, bevor das vor 25 Jahren von Roosevelt und Churchill gesetzte Ziel erreicht ist.

\+ + +

Es hat sich doch gelohnt! -

Kleines Nachwort zur Fussball-Weltmeisterschaft

sp - Die deutsche Fussball-Nationalmannschaft wurde am Donnerstag dieser Woche von Bundespräsident Lübke mit der höchsten Auszeichnung des deutschen Sports, dem Silbernen Lorbeerblatt, geehrt. Mannschaftskapitän Uwe Seeler, sagte in einer kurzen Ansprache, er glaube, dass seine Mannschaft nicht nur gut Fussball gespielt, sondern auch Deutschland würdig vertreten habe. - In der Tat, Uwe Seeler kann mit aller Bescheidenheit auch diesen Erfolg der Mannschaft registrieren. Aber sicher weiss er nicht, was man seit einigen Tagen im Bonner Auswärtigen Amt erzählt: Die deutsche Nationalmannschaft hat durch ihr Spiel, ihr kameradschaftliches Verhalten und ihr sportliches Auftreten gegenüber den Gegnern für die Bundesrepublik Deutschland mehr getan als manche unserer ausländischen Missionen. Wie es heisst, gibt es sogar schon eine Sammlung von entsprechenden Pressestimmen. - Ohne Vorbehalt sei diesem Urteil zugestimmt. Die Leistung der Mannschaft und ihre Werbung für Deutschland ist umso anerkennenswerter, als ein großer Teil der englischen Presse - und nicht nur diese - vor dem Endspiel einen Ton angeschlagen hatte, der unsere keineswegs das diplomatische Parkett gewohnte Mannschaft um die Nerven hätte bringen können. Die imponierende Disziplin, die wenn auch zögernde, so doch selbstverständliche Anerkennung dieser oder jener Schiedsrichterentscheidung sind - alles in allem - mehr wert gewesen als ein weiteres Tor oder sogar ein erster Platz. Viele, die in den vergangenen Wochen die Mattscheibe mit den nicht endenwollenden Fussballsendungen verdammt haben mögen, sollten sich sagen: Es hat sich doch gelohnt.

\+ + +

"Wenn zwei dasselbe tun..."

Gedanken zur englischen und deutschen Bildungspolitik

Von Klaus Helfer

"Ich bin stolz darauf, sagen zu können, dass wir trotz aller unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht daran denken, den Fortschritt unserer Sozial- und Bildungsreform zu bremsen". Diese Worte des Labour-Erziehungsministers Antony C r o s l a n d vor der 16. Jahreskonferenz der Internationalen Union demokratisch-sozialer Erzieher in der vergangenen Woche fanden besonders den Beifall der deutschen Teilnehmer. Sie wussten, dass die finanzpolitische Situation Englands gegenwärtig nicht weniger prekär ist als die der Bundesrepublik, aber sie erfuhren, dass Harold Wilsons Stabilisierungsprogramm im Gegensatz zu den verworrenen und widersprüchlichen Vorstellungen Ludwig Erhards und der CDU eine klare politische Konzeption zugrunde liegt: "Der Unterschied unserer Massnahmen zur vergangenen Deflationspolitik der Konservativen besteht darin", sagte Crosland, "dass die Labour-Regierung das Bildungswesen von den notwendigen Ausgabekürzungen ausgenommen und die Wirtschaftskrise den Fortschritt unserer Bildungsreform nicht aufgehalten hat".

Das Gegenteil ist leider in der Bundesrepublik zu erwarten. Alle hochtrabenden Bekenntnisse zur Priorität der Bildungsinvestitionen werden durch eine Politik zu peinlichen Phrasen, die

* 1. keine Mittel und Wege finden, den Gemeinden die Fortsetzung ihrer Schulbauprogramme zu ermöglichen und das Entstehen weiterer "Investitionsruinen" zu stoppen,
* 2. die Stirn besitzt, einen 74 Milliarden-"Sparhaushalt" des Bundes für 1967 vorzulegen, der nur auf Kosten des den Ländern zustehenden Steueranteils zu decken ist - was zu weiteren Reduzierungen der Länderausgaben für Erziehung und Wissenschaft führen muss - und
* 3. den künftigen Bundesbeitrag zur Wissenschaftsfinanzierung von einem Einnahmenverzicht der Länder abhängig macht, sich dabei aber gleichzeitig mit einer "Initiative" zur Ausbildungsförderung schmückt, deren Kosten die Länder tragen sollen.

Es besteht kein Zweifel, dass unter Umständen harte Massnahmen notwendig sind, um die durch eine dilettantische Haushaltspolitik gefährdete Stabilität unseres wirtschaftlichen Wachstums zu retten. Die Bundesregierung wird aber das Verständnis der Bevölkerung für solche Massnahmen kaum mit allgemeinen Redensarten und moralischen Appellen, sondern allenfalls mit einem zielklaren Gesamtkonzept erringen können. Solange sie nicht eindeutig zu erkennen gibt, an welchen öffentlichen Ausgaben sie Kürzungen für notwendig und vertretbar hält, wird sie sich von der Opposition Unfähigkeit zu politischen Entscheidungen vorhalten lassen müssen. Auch die Labour-Regierung hat im Moment keinen leichten Stand, dennoch wird ihr von der öffentlichen Meinung und allen Gesellschaftsgruppen honoriert, dass ein klarer politischer Wille hinter allen ihren Massnahmen steht.

\+ + +

- 5 -

Mitteldeutscher Alltag

Wie Arbeiter gemassregelt werden

OS – Fälle wie dieser sind in Mitteldeutschland nicht selten: Der Dreher Hermann M. aus Berlin-Weissensee bemerkte, dass sein Lohn falsch berechnet wurde. Seine Beschwerden wies das Lohnbüro zurück. Er rief die heute anstelle der Arbeitsgerichte wirkende Betriebsjustiz, die Konfliktkommission, an. Da Hermann M. als oppositionell gilt und keiner kommunistischen Organisation angehört, war sein Fall in drei Minuten entschieden. Natürlich wurden seine Klagen abgewiesen – ohne Zeugen zu hören oder auch nur die Lohnabrechnungen nachzurechnen. Erst in der Berufung, die vor die "Kammer für Arbeitsstreitigkeiten" beim Gericht kam, konnte Hermann M. seine Forderung wenigstens teilweise durchsetzen...

Der ostberliner Dreher hatte damit noch grosses Glück, weil bei Entscheidungen in Lohnfragen, die von Konfliktkommissionen im Betrieb gefällt werden, eine Berufung bei einem Gericht möglich ist. In anderen Fällen, die von der Betriebsjustiz abgeurteilt werden, besteht eine solche Möglichkeit nicht.

* Urteilt eine Konfliktkommission über Fragen der Moral oder kleine
* strafrechtliche Delikte, die in ihre Kompetenz fallen, sind die
* Berufungsinstanzen nur Organe der kommunistischen Gewerkschaft
* FDGB. Als erste Berufungsinstanz tritt die Betriebsgewerkschafts-
* leitung in Aktion, als zweite und letzte die Kreisleitung des
* FDGB. Gilt ein Arbeiter als "oppositionell" oder hat er sich aus
* sonstigen Gründen "unbeliebt" gemacht, wird er verurteilt und
* kann sich nicht dagegen wehren.

Immerhin können die Betriebsgerichte recht empfindliche Geldstrafen verhängen und im Einzelfalle sogar die Einweisung in ein Lager für Arbeitserziehung beantragen. Hauptdelikt, das die Betriebsgerichte zu verfolgen haben, ist die "Missachtung der sozialistischen Arbeitsmoral". Mit diesem Gummibegriff lässt sich jedem etwas anhängen, wenn man will. Sowohl angeblich zu hohe Ausschussquoten als auch Nichterfüllung der Norm, sowohl politische Äußerungen am Arbeitsplatz als auch ein persönlicher Streit mit einem Funktionär, sowohl ein Liebesverhältnis mit einer Kollegin aus dem Betrieb als auch Volltrunkenheit in der Freizeit – alles das wurde bereits als "Verstoß gegen die sozialistische Arbeitsmoral" abgeurteilt. Es kommt nur darauf an, wer in der Konfliktkommission sitzt und ob ein Funktionär einen Arbeiter "fertigmachen" will.

Im Gegensatz zum betroffenen Arbeiter, dem der Weg zu einem ordentlichen Gericht versperrt ist, kann die Staatsanwaltschaft jeden Fall von der Konfliktkommission wegnehmen und an ein Gericht verweisen. Sie tut es in der Regel, wenn das Urteil "zu milde" war...

\+ + +